

FREIBERUFLER-TICKER vom 27. März 2026

1. Selbstständige als Förderberechtigte des Altersvorsorgereformgesetzes

CDU/CSU und SPD wollen Selbstständige in die staatlich geförderte private Altersvorsorge einbeziehen. Nach zweiter und dritter Lesung des Gesetzes am 26. März 2026 soll das geplante Altersvorsorgedepot ab 2027 Investitionen in ETFs ermöglichen, die Beitragsgarantie entfällt. Vorgesehen sind staatliche Zulagen von 50 Cent pro Euro bis 360 Euro jährlich sowie 25 Cent bis zu einem Sparbetrag von 1.800 Euro. Auch Kindervorsorgezulagen und Schutzmechanismen für Solo-Selbstständige sind geplant. Der BFB hatte sich für diese Einbeziehung eingesetzt. Das Altersvorsorgereformgesetz ([21/4088](#)) wurde am 26. Februar 2026 in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Nach öffentlicher Anhörung (13. März 2026) ist die finale Abstimmung heute terminiert.

2. Linken-Antrag zur Gewerbesteuer

Der Deutsche Bundestag hat Ende vergangener Woche den Antrag der Bundestagsfraktion „Die Linke“ ([21/4753](#)) zur Stärkung der Gewerbesteuer in erster Lesung beraten und zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen. Der Antrag sieht unter anderem vor, den Mindesthebesatz der Gewerbesteuer auf 350 Prozent zu erhöhen und die Bemessungsgrundlage auszuweiten. Dabei wird auch thematisiert, dass bislang nicht alle Selbstständigen in die Gewerbesteuer einbezogen sind. Wörtlich heißt es im Antrag: „... nicht alle Selbstständigen sind von der Steuer erfasst, vor allem nicht die freien Berufe.“

3. DIW-Datensatz zur Altersvorsorge Selbstständiger

93 Prozent der Selbstständigen sichern sich für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit ab, zwei Drittel nutzen mehrere Altersvorsorgeformen. Knapp ein Fünftel halten sich für nicht ausreichend abgesichert. Das geht aus einer aktuellen [Pressemeldung des DIW](#) (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Ende vergangener Woche hervor. Häufig kombinieren Selbstständige mehrere Vorsorgeformen, etwa Kapitalanlagen, Immobilien, Lebensversicherungen oder obligatorische Systeme. Rund zwei Drittel der Befragten nutzen mindestens zwei Vorsorgeformen, etwa 30 Prozent sogar alle drei gängigen Varianten. Im Durchschnitt investieren Selbstständige über ein Fünftel ihres Nettoeinkommens in nicht-obligatorische Vorsorgeformen – ein Wert, der das gängige Bild geringer Vorsorgebereitschaft deutlich widerlegt. Nur etwa sieben Prozent verfügen über keinerlei Altersvorsorge und knapp ein Fünftel fühlt sich trotz vorhandener Vorsorge nicht ausreichend abgesichert – vor allem bei niedrigen Einkommen. Angesichts dieser breiten Vorsorgebasis empfiehlt das DIW eine gezielte Pflichtversicherung nur für jene Selbstständigen, die heute überhaupt nicht vorsorgen, statt pauschaler Pflichten für die gesamte Gruppe.

4. KfW Research: Junge und angehende Selbstständige wünschen sich vor allem Bürokratieabbau

Menschen, die erst vor Kurzem ein Unternehmen gegründet haben oder ihre Selbstständigkeit derzeit planen, wünschen sich von der Politik vor allem weniger Bürokratie. In einer Blitzumfrage unter Nutzerinnen und Nutzern der Gründerplattform nannten 44 Prozent der Befragten Maßnahmen des Bürokratieabbaus als Anliegen – beispielsweise, dass steuerliche Regelungen vereinfacht werden, Gründungen digital und kostengünstig vorgenommen werden können und Bearbeitungszeiten für Anträge sinken. 27 Prozent der offen Befragten fordern finanzielle Entlastungen wie geringere Krankenkassenbeiträge oder niedrigere Steuern. 15 Prozent sprechen das Themenfeld Gleichstellung und Fairness an – sie wünschen sich etwa eine Gleichbehandlung

von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Selbstständigen bei politischen Entscheidungen sowie mehr Wertschätzung für Unternehmertum und Innovationsgeist. Die Gründerplattform geht auf eine Initiative der KfW und des Bundeswirtschaftsministeriums zurück. Sie begleitet und unterstützt mit Informationen und Software-Tools den Gründungsprozess. Die Blitzbefragung fand im Februar 2026 statt. Sie ist nicht repräsentativ, gibt aber einen wichtigen Einblick in die Situation von (werdenden) Selbstständigen in Deutschland. Die Ergebnisse wurden Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#).

5. KOM startet Konsultation zur elektronischen Rechnungsstellung

Für das vierte Quartal 2026 plant die Europäische Kommission einen Rechtsakt zur Überarbeitung der elektronischen Rechnungsstellung. Nach einer ersten Sondierung im vergangenen November wurde jetzt eine [öffentliche Konsultation](#) gestartet. Bis zum 10. Juni 2026 können über einen Online-Fragebogen entsprechende inhaltliche Eingaben gemacht werden. Bisher ist die Nutzung elektronischer Rechnungen in der Europäischen Union recht uneinheitlich. Viele Mitgliedstaaten wenden eigene Standards an, die Interoperabilität bleibt begrenzt und die Verbreitung im B2G-Bereich ist sehr unterschiedlich. Dies erschwert insbesondere grenzüberschreitend tätigen Unternehmen den Marktzugang und verursacht zusätzlichen Aufwand. Die Reform soll daher die einheitliche Anwendung der europäischen E-Invoicing-Norm stärken, Hürden abbauen und Unternehmen – vor allem KMU – administrativ entlasten.

6. Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger mit moderner Berufsausbildung verdienen mehr

Modernisierte Berufsausbildungen führen laut einer Ende vergangener Woche [veröffentlichten](#) Studie des ifo Instituts zu höheren Einstiegsgehältern: Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger verdienen im Schnitt 3,3 Prozent mehr, wenn Ausbildungsinhalte an den technologischen Fortschritt angepasst wurden. Gleichzeitig verzeichnen ältere Fachkräfte zwischen 55 und 65 Jahren Lohneinbußen von bis zu zehn Prozent. Die Studie zeigt zudem, dass viele Ausbildungspläne nicht ausreichend aktualisiert sind: Selbst in stark vom technologischen Wandel betroffenen Berufen blieben rund 40 Prozent der Ausbildungsordnungen über 15 Jahre unverändert. Fachleute betonen daher die wachsende Bedeutung kontinuierlicher Weiterbildung, um Beschäftigte an neue Anforderungen anzupassen.

7. Verdienste in vielen Ausbildungsberufen unterdurchschnittlich

Der durchschnittliche [Bruttomonatsverdienst](#) von Vollzeitbeschäftigten mit Berufsausbildung lag im April 2025 bei rund 4.125 Euro. Je nach Beruf gibt es jedoch deutliche Unterschiede, wobei einige Tätigkeiten deutlich unter und andere über diesem Durchschnitt liegen. Ein höherer Bildungsabschluss, etwa als Meister, Techniker oder ein Hochschulabschluss, führt im Schnitt zu spürbar höheren Einkommen. Auch die Branche beeinflusst den Verdienst stark, da in manchen Wirtschaftsbereichen deutlich mehr gezahlt wird als in anderen. Zusätzlich steigen die Einkommen in der Regel mit zunehmender Berufserfahrung und dem Alter der Beschäftigten. Des Weiteren betrug der Verdienst mit einem Bachelorabschluss 5.289 Euro, während mit einem Masterabschluss rund 1.730 Euro mehr erzielt wurden (7.019 Euro). Bei promovierten oder habilitierten Beschäftigten lag der durchschnittliche Verdienst bei 9.476 Euro.

8. Arbeitsbedingungen vor, während und nach der Pandemie

Die Beschäftigungsqualität in Deutschland ist während und nach der Covid-19-Pandemie insgesamt stabil geblieben. Zu diesem Ergebnis kommt ein Ende vergangener Woche [veröffentlichter](#) Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, der fünf zentrale Dimensionen der Beschäftigungsqualität vor, während und nach der Pandemie vergleicht und

dabei zwischen systemrelevanten und nicht systemrelevanten Beschäftigten unterscheidet. Die Lohnzufriedenheit ging während der Pandemie bei allen Beschäftigten zurück und blieb auch danach unter dem Vorkrisenniveau. Arbeitsautonomie und Aufstiegschancen zeigten sich hingegen über die Zeit hinweg weitgehend stabil. Unterschiede ergeben sich insbesondere bei der Arbeitsbelastung: Während systemrelevante Beschäftigte – dazu zählen viele Tätigkeiten bei den Freien Berufen – eine deutliche Zunahme von Arbeitsintensität und Zeitdruck erlebten, berichteten nicht systemrelevante Beschäftigte zeitweise sogar von Entlastung. Die Work-Life-Balance verbesserte sich im Durchschnitt leicht, allerdings profitierte davon bei systemrelevanten Beschäftigten nur eine kleine Teilgruppe. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass systemrelevante Beschäftigte weiterhin besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

9. Ergebnisse des Behörden-Digimeters zeigen: Deutschland verfehlt Digitalisierungsziele deutlich

Im Rahmen eines politischen Frühstücks mit Ralph Brinkhaus MdB (CDU) und Dr. Klaus-Reiner Höhl vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) wurde am 24. März 2026 in Berlin der neu veröffentlichte Behörden-Digimeter des IW vorgestellt. Dieser zeigt: Deutschland wird sein selbst gestecktes Digitalisierungsziel weiterhin deutlich verfehlen. Das Gutachten analysiert den Digitalisierungsstatus aller Verwaltungsleistungen nach den Richtlinien des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Dabei wird der digitale Zugang in vier Stufen differenziert, wobei die Stufen drei und vier OZG-konform sind. Ursprünglich hätte diese Umsetzung bereits seit 2022 abgeschlossen sein sollen. Nordrhein-Westfalen schneidet im Bundesvergleich umgesetzter digitalisierter Verwaltungsleistungen noch am besten ab. Doch auch beim Spitzenreiter sind 57 Prozent der Verwaltungsleistungen in keiner Kommune online verfügbar. Während in der Theorie digitalisierte Leistungen von anderen Kommunen übernommen werden sollen („Einer-für-Alle“), ist dies in der Praxis häufig nicht der Fall. Die Umsetzung scheitert laut Gutachten meistens an fehlenden Zuständigkeiten, veralteten technischen Strukturen und festgefahrenen Prozessen. Verwaltungsleistungen in Bundeszuständigkeit schneiden in der Gesamtbetrachtung etwas besser ab. Im Januar 2026 waren etwa 36 Prozent der vom Bund zu digitalisierenden Verwaltungsleistungen OZG-konform auf Stufe drei umgesetzt. Generell zeigt sich, dass die föderalen Strukturen die Umsetzung bestimmter Digitalisierungsprozesse stark verlangsamen. Deutschland hängt im europäischen Digitalisierungs-Vergleich stark hinterher und liegt im Verwaltungsbereich auf dem vorletzten Platz. Das neu geschaffene Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung möchte mit der Entwicklung eines „Deutschland-Stacks“ und dem Einsatz von KI-Agenten zuverlässige Online-Portale aufbauen. Damit das Digitalisierungstempo nachhaltig beschleunigt wird, müssen klare, von allen Bundesländern getragene Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Der vollständige Bericht findet sich [hier](#).

10. Diensthandy wird zum Standard

Insgesamt 56 Prozent der Beschäftigten, die mobil kommunizieren müssen, haben inzwischen Zugriff auf ein Diensthandy. 53 Prozent erhalten ein Gerät zur alleinigen Nutzung, weitere drei Prozent teilen sich ein Gerät mit Kolleginnen und Kollegen. Vor drei Jahren hatten erst 46 Prozent der Beschäftigten Zugriff auf ein Diensthandy: 44 Prozent erhielten ein persönliches Gerät, zwei Prozent mussten sich ein Gerät mit anderen teilen. Gleichzeitig werden private Smartphones oder Handys sehr viel seltener für berufliche Zwecke genutzt: Während 2023 noch 36 Prozent ihr privates Gerät auch im Job einsetzten, sind es jetzt nur noch 26 Prozent. Das sind Ergebnisse einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 23. März 2026 [veröffentlicht](#) wurden. Wer ein Diensthandy bekommt, darf es in aller Regel auch privat nutzen. 93 Prozent derjenigen, denen ein Dienstgerät zur Verfügung gestellt wird, haben dafür grundsätzlich die Erlaubnis ihres Arbeitgebers. 2023 lag dieser Anteil noch bei 88 Prozent. Nur drei Prozent dürfen ihr Diensthandy nicht privat verwenden. Die Erlaubnis zur privaten Nutzung wird in den meisten Fällen auch tatsächlich in Anspruch genommen: 88 Prozent derjenigen, denen dies erlaubt ist, verwenden ihr

Diensthandy auch privat. Vor drei Jahren waren es erst 78 Prozent. Nur neun Prozent verzichten trotz Erlaubnis auf die private Nutzung.

11. Tierärzte ohne Grenzen benötigt Unterstützung!

Tiere sind mehr als nur Begleiter. Für Menschen weltweit sind sie die existenzielle Lebensgrundlage. Doch der Klimawandel, extreme Wetterereignisse und Krisen bedrohen diese Existenz immer häufiger. Tierärzte ohne Grenzen setzt sich dafür ein, dass Tiere und Halterin oder Halter in Würde leben können. Mit den Spenden werden Soforthilfeprogramme für Tiernahrung und Impfprogramme unterstützt, was aktiv zur Sicherung der Lebensexistenz vieler Familien beiträgt. Allein im Sudan wurden bisher 3,8 Millionen Nutztiere geimpft. Die konkrete Hilfe gibt vielen Menschen in Krisenregionen wieder Hoffnung und Zuversicht! [Hier](#) kann gespendet werden.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 10. April 2026.

